

DER WISSENSCHAFTSRAT BERÄT DIE BUNDESREGIERUNG  
UND DIE REGIERUNGEN DER LÄNDER IN FRAGEN  
DER INHALTLICHEN UND STRUKTURELLEN ENTWICKLUNG DER  
HOCHSCHULEN, DER WISSENSCHAFT UND DER FORSCHUNG.

PRESSEMITTEILUNG 10 | 2017 Köln 04.04.2017

## Die *Central European University* erhalten!

### Wissenschaftsrat appelliert an ungarische Regierung, Gesetzesverfahren zu stoppen

Mit größter Besorgnis verfolgt der Wissenschaftsrat das aktuelle Vorgehen der ungarischen Regierung, das über eine Gesetzesänderung in erster Linie die Existenz der *Central European University* (CEU) in Budapest gefährdet. Er wertet dies als einen eklatanten Verstoß gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und die Bildungs- und Wissenschaftsfreiheit im europäischen Raum.

Die Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professorin Martina Brockmeier:

„Mit größter Sorge beobachten wir die derzeitige Entwicklung in Ungarn, die den Stellenwert freier Wissenschaft und Forschung in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union gravierend in Frage stellt. Die 1991 gegründete *Central European University* in Budapest zählt mit ihren international renommierten Forscherinnen und Forschern und Studierenden aus über 100 Ländern zu den führenden europäischen Wissenschaftseinrichtungen und ist ein wichtiger Ort der Begegnung zwischen West- und Osteuropa. Derzeit studieren, lehren und forschen dort auch etwa 70 deutsche Staatsangehörige, über 80 Kooperationsbeziehungen verbinden die CEU mit deutschen wissenschaftlichen Institutionen. Die drohende Schließung betrifft zahlreiche Studierende und Wissenschaftler, denen wir unsere Solidarität aussprechen. Nicht zuletzt in ihrem Namen fordert der Wissenschaftsrat die ungarische Regierung auf, die in dem vorliegenden Gesetzentwurf beabsichtigten Maßnahmen ebenso wie die zu erwartenden Folgen für das europäische wie auch das ungarische Wissenschaftssystem grundlegend zu überdenken und zu den Grundsätzen eines europäischen Miteinanders zurückzukehren.“